

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/25

Bonn, den 5. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Drei Stunden - Drei Minuten</u> Französische Demokratie unter de Gaulle	48
2	<u>Berechtigte Wünsche und Klagen</u> Die deutschen Frauenverbände und die Sozialdemokratie	46
3	<u>Nach dem Ausscheiden Krügers</u> Vertriebene sind kein Objekt der Administration	45
4 - 5	<u>Hochaufl in Wien - bei Licht besehen</u> Antisemiten nur im Dunkeln aktiv	71
6	<u>Forschungsraketen unter UNO-Aufsicht</u> Von Bruno Kuster, Genf	44

Chefredakteur Günter Markscheffel

Drei Stunden - Drei Minuten

Französische Demokratie unter de Gaulle

* "Ihr bewunderter europäischer Staatsmann, der Frankreich *
* gleichzeitig innerpolitisch zu einer Wüste gemacht hat. *
* Zugegeben, er wäre nicht in dieser Situation - (lebhaft *
* Zurufe von der CDU/CSU) - Man kann das doch wohl sagen. *
* Hier sind wir da, um unsere Meinung zu sagen. Das belei- *
* digt den Mann nicht, der gross genug war, im Kriege eine *
* hervorragende und von mir bewunderte Haltung einzunehmen. *
* Aber was er in diesen letzten Jahren zulässt und nicht nur *
* zulässt, das ist Erosion der demokratischen Wirklichkeit. *
* das ist eine innere Wüstenei Frankreich." *

* MdB Herbert Wehner im Bundestag am 22.1.1964 -Protokoll*
* * *

sp- Als Herbert Wehner diese Worte im Bundestag gesprochen hatte, gab es Hier und dort Bemerkungen des Unmuts. Sogar Bundesausserminister Schröder glaubte verpflichtet zu sein, de Gaulle in Schutz nehmen zu müssen.

Dieser Tage ereignete sich in Frankreich folgendes: Das Staatliche Französische Fernsehen übertrug die letzte Pressekonferenz de Gaulles, in der er u.a. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking begründete, seine Absicht zur Neutralisierung Südost-Asiens ankündigte, einige deftige Unfreundlichkeiten an die Adresse der USA richtete und der Bundesrepublik für das grosse Opfer dankte, das sie dem europäischen Agrarmarkt dargebracht hat, in zwei Sendungen von je 90 Minuten. Am vergangenen Freitag von 17 - 18.30 Uhr und von 20 - 21.30 Uhr.

Tags darauf - am Samstag - begann im Pariser Vorort Clichy der Ausserordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO); er dauerte bis Sonntag.

Hier wurde nach stundenlangen und zum Teil sehr harten Diskussionen der Gegenkandidat zu de Gaulle für die kommende Präsidentschaftswahl, der Bürgermeister von Marseille und Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung, Gaston D e f f e r e, einstimmig gewählt. Das war ein politischer Vorgang, auf den ganz Frankreich und nicht nur Frankreich blickte.

D i e s e s Ereignis wurde vom Staatlichen Französischen Fernsehen in zwei Sendungen gewürdigt. Samstagabend durch eine Sendung von 1 (in Buchstaben: e i n s) Minute und Sonntagabend von 2 (in Buchstaben: z w e i) Minuten.

LE MONDE, die grosse französische Zeitung, der man weder Sympathien für die Sozialisten noch eine heftige Sprache nachsagen kann, kommentierte diese ganz offensichtlich gewollte Kastrierung der Informationspflicht mit dem Satz:

* "Drei Stunden gegen drei Minuten! *
* Einmal mehr ist die Waage un- *
* gleich und einmal mehr hat das *
* Fernsehen der Anständigkeit *
* getrotzt." *

Berechtigte Wünsche und Klagen

Die deutschen Frauenverbände und die Sozialdemokratie

sp- Eine halbe Million Kinder bleiben von der Wohltat des Aufenthaltes in einem Kindergarten ausgeschlossen. Es fehlt an Kindergärten; es fehlen aber auch Pflegerinnen. Diese erstaunliche und unerfreuliche Tatsache kam bei einem Gespräch zwischen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und den Vertreterinnen von 11 deutschen Frauenverbänden zur Sprache.

Die Begegnung war ein Glied in der Kette des Strebens der Sozialdemokratie, das grosse Gespräch über die Lage unseres Volkes mit den Repräsentanten aller Schichten, unabhängig von ihrer weltanschaulichen und politischen Einstellung, zu führen und zu pflegen. Das Wissen um das, was nützlich, notwendig und gut ist für die Gesamtheit, ist für die Sozialdemokratie die Grundlage politischer Entscheidungen. Politik hat den Menschen und seiner Wohlfahrt zu dienen. Sie kann niemals Männersache allein sein. Auch die Frauen haben mitzureden und mitzuwirken. Und dies nicht allein durch die Abgabe eines Stimmzettels bei den jeweiligen Wahlen - betrifft doch alles, was im politischen Raum geschieht, auch sie, seien sie als Hausfrau oder in der Wirtschaft tätig. Eine lebendige Demokratie erfordert die Mitarbeit der Frauen; ihnen den Weg zur gleichberechtigten politischen Tätigkeit geebnet zu haben, bleibt das historische Verdienst der deutschen Sozialdemokratie.

So gesehen gibt es keine spezifische "Frauenpolitik". Was die Vertreterinnen der Frauenverbände an Klagen und Wünschen an den Gesetzgeber vorbrachten, war ein Querschnitt durch die Sorgen des ganzen deutschen Volkes. Vielen jungen Familien fällt die Anschaffung von Hausrat und arbeitssparenden Geräten für den Haushalt schwer. Was in aller Welt spricht etwa dagegen, dies durch steuerliche Erleichterungen zu ermöglichen? Im Zeitalter der Voll- und Überbeschäftigung haben Hausgehilfinnen ohnehin Seltenheitswert bekommen. Das geltende Steuerrecht sieht für die Einstellung einer Hausgehilfin einen Freibetrag von 2200 DM jährlich vor. Diesen Freibetrag nun für die Anschaffung von Hausratsmitteln zu gewähren, entspräche den heutigen Bedingungen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird in dieser Richtung auf den Bundestag einwirken.

Der Mütterschutz liegt bei uns im argen, im Vergleich zu anderen Ländern hinken wir nach, sind wir unterentwickelt. Die Verlängerung der Urlaubsfristen von 6 auf 10 Wochen vor und nach der Entbindung, vermehrte Ausbildungsmöglichkeiten für die heranwachsende Jugend, erhöhten Verbraucherschutz durch staatlich geförderte Aufklärung, die Inangriffnahme all dessen, was mit der Gesunderhaltung unseres Volkes zusammenhängt - und dies ist ein umfassender Katalog - all dies liegt den Frauenverbänden am Herzen.

Sie fanden bei der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion offene Ohren, sie rammten offene Türen ein. Mancher Vertreterin mag es überraschend gewesen sein, zu hören, dass das, was sie an Wünschen, an berechtigten Wünschen im Namen ihrer Verbände vortrugen, schon Gestalt in Form von sozialdemokratischen Gesetzentwürfen genommen hat.

Diese Begegnung zwischen SPD-Bundestagsfraktion und den berufenen Sprecherinnen der deutschen Frauen wird Früchte tragen und nicht ohne Auswirkungen auf die Gesetzestätigkeit im Bundestag bleiben.

Nach dem Ausscheiden Krügers

Vertriebene sind kein Objekt der Administration

A.M. - Die Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten haben Pech mit ihren zuständigen Bundesministern. Der im Oktober vergangenen Jahres in das Kabinett Erhard aufgenommene Minister Hans Krüger musste, wie einer seiner Vorgänger, Prof. Dr. Dr. Oberländer, seiner politischen Vergangenheit wegen aus dem Amt scheiden. Wer wird nun der Nachfolger sein?

Auch bei diesem Ministerwechsel im Bundesressort für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte taucht erneut in gewissen Kreisen der Wunsch auf, dieses Ministerium aufzulösen und abteilungsweise verschiedenen anderen Bundesministerien einzugliedern. Die SPD hat sich seit jeher gegen solche Versuche mit Erfolg gewehrt. Die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in die Bundesrepublik ist noch keineswegs vollzogen. Das BVFG sieht eine Eingliederung erst dann als abgeschlossen an, wenn der Vertriebene sozial und wirtschaftlich so gestellt ist, wie er es in seiner Heimat gewesen ist. Das ist aber nur bei einem geringen Prozentsatz bisher der Fall. Vor allen Dingen bei den ehemals in der Landwirtschaft Tätigen, den Gewerbetreibenden und den freiberuflich Schaffenden kann man von einer Eingliederung im Sinne des Gesetzes noch keineswegs sprechen. Auch der Ausgleich für die Verluste an Vermögen und Besitz in der angestammten Heimat ist bisher so minimal, dass von einer Wiedergutmachung auf keinen Fall die Rede sein kann.

Eine Aufteilung der Aufgaben des Vertriebenenministeriums, etwa auf das Innenministerium, das Gesamtdeutsche Ministerium, das Arbeitsministerium und das Finanzministerium würde voraussetzen, dass wir bereits in einem Stadium wären, in dem die einzelnen Aufgabengebiete in ihrer Zielsetzung abgegrenzt sind und nicht mehr ineinander übergehen.

Es ist durchaus erfreulich, dass Staatssekretär Wahn in einem Interview der Sendung "Report" des Deutschen Fernsehens diese Tatsache ganz eindeutig herausgestellt und sich entschieden gegen eine Auflösung des Vertriebenenministeriums ausgesprochen hat. Auch nach seiner Überzeugung müsste bei einer Aufteilung des Arbeitsgebietes seines Hauses der Überblick über die Zusammenhänge zwischen Unterbringung, Eingliederung und sozialer Versorgung verlorengehen. Der immer noch anhaltende Zustrom aus der Zone ist ein weiteres stichhaltiges Argument dafür, dass eine Reduzierung der Aufgaben des Ministeriums noch nicht zu erwarten und die Frage der Auflösung dieses Ressorts noch verfrüht ist.

Die Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände lehnen eine Auflösung des Vertriebenenministeriums ab. Ihre Arbeit, die in der Hauptsache in einer Beratung des Ministeriums und der Vertretung der Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge besteht, würde durch eine Zersplitterung stark gehemmt werden. Sicher wird eines Tages der Zeitpunkt kommen, an dem über eine Streichung dieses Ministeriums aus dem Bundesetat gesprochen werden kann. Im Augenblick ist er aus sachlichen Gründen noch nicht da und die Frage daher indiskutabel.

Hochhuth in Wien - bei Licht besehen

Antisemiten nur im Dunkeln aktiv

L.B. - Die Wellen der Erregung auf der Weltbühne haben sich längst geglättet, als Hochhuths Drama "Der Stellvertreter" schliesslich nach Wien kam. Was Wien nachlieferte, war also bestenfalls ein Sturm im Wasserglas. Interessant ist daher weniger, was geschah. Interessant ist für jeden an freier Meinungsäusserung interessierten Staatsbürger, wie es geschah.

Berlin, Basel und Paris waren vor Wien der Schauplatz von Theaterskandalen bei Aufführungen des "Stellvertreter". Das österreichische Fernsehen, bei einer Sendung über das Hochhuth-Drama um Objektivität bemüht, wurde von allen Seiten heftig angegriffen. Das war das Vorspiel. In diese Stimmung fiel die erwartete Premiere im Volkstheater und die Ankunft des Autors Rolf Hochhuth.

Ursprünglich war man auf keinen Skandal eingestellt. Hochhuth kam am Westbahnhof so unbeachtet an, als wäre er niemals heftig angefeindet und ebenso leidenschaftlich verteidigt worden. Zwei Reporter der "Arbeiter-Zeitung" und zwei Berichterstatter vom österreichischen Rundfunk erwarteten ihn. Das war alles.

Noch bevor der Vorhang zur Premiere aufging, zeichnete sich bereits der Geist ab - vielleicht sollte man besser sagen der Ungeist -, in dem die Proteste gegen Hochhuths Drama gehalten waren. Direktor Leon Epp erhielt anonyme Anrufe und Briefe: Man erkundigte sich geküßsig, ob er sich als Hochhuth-Verteidiger berufen fühle, weil er eigentlich Eppstein heisse.

Gleichzeitig setzte bei den Tageszeitungen, die den "Stellvertreter" angekündigt hatten, eine stürmische Gegenkampagne ein. Einer dieser Briefe, gerichtet an die "Arbeiter-Zeitung", wahllos herausgegriffen, kann für alle stehen:

"....Können sie sich nicht vorstellen, dass der Papst und seine Diener kein allzugrosses Interesse daran hatten, sich für die Juden einzusetzen? Umso mehr, als er ja nicht wusste, wie der Kampf zwischen Hitler und den Juden ausgehen würde?.... Der Papst war schliesslich für uns Katholiken da und nicht für die Juden. Zuerst die Kirche verspotten und verhöhnen und dann von ihr Schutz verlangen, das ist typisch jüdisch.... Eine Stellungnahme gegen die Juden in der heutigen Zeit ist lebensgefährlich.... Verschleppung nach Israel und Verschwinden in

den dortigen Kerkern drohen.... So hütete ich mich, meinen Namen zu nennen."

Nicht jeder dieser Briefe sprach von einem "Kampf zwischen Hitler und den Juden". Aber alle waren sie gleich unobjektiv, gleich gehässig, erfüllt vom Geist des Antisemitismus, der in einer scheinbaren Herausforderung der katholischen Kirche und eines seiner höchsten Würdenträger ein Ventil gesucht und gefunden hat. Interessant ist, dass eine Analyse über Wert und Gehalt des Stückes, über Grenzen im Können des Autors und sein Talent, ausschliesslich den Kunstkritikern der österreichischen Zeitungen überlassen blieb. Im Leserbriefkasten und in den Kommentaren dazu tobten sich vollkommen unobjektive, unsachgemässe und gehässige Schreiber aus.

Die Premiere des "Stellvertreters" brachte eine Überraschung. Während die Österreicher immer von sich behaupten, kein grosses Organisationstalent zu haben, brach bei der Premiere ein organisierter Skandal mit lautem Johlen, Pfui-Rufen und Pfiffen aus. Jener Teil des Publikums, der sich zu diesem Skandal hergab, sass dicht beisammen. Es waren etwa hundert Jugendliche, die der Pater Leppich, bekannt für sein oft fanatisches Auftreten, für die Premiere "präpariert" hatte.

Während der österreichische Dichter Ernst Lothar in einem flammenden Verteidigungsartikel unter dem Titel "Im Namen der Menschenrechte" sachlich, eingehend und eindringlich die Partei Hochhuths ergriff, während der bekannte Kunstkritiker der "Arbeiter-Zeitung" Fritz Walden immer wieder mit einleuchtenden Argumenten seine Stimme mit der Mahnung um mehr Sachlichkeit und Toleranz erhob, spielte sich am nächsten Tag derselbe Tumult bei derselben Szenenfolge, nämlich beim vierten Bild, ab. Theaterbesucher in Abendkleidung begannen zu raufen, lagen sich in den Haaren, beschimpften sich mit wüsten Ausdrücken.

Da fanatische Antisemiten lieber in der Anonymität schimpfen, als bei Licht ihr Gesicht zu zeigen, drehte man bei Fortsetzung des Stückes im Deutschen Volkstheater das Licht an. Das hatte zur Folge, dass die Schreier verstummten. So dunkel ist es noch, dass man Stücke wie den "Stellvertreter" von Hochhuth bei Licht spielen muss, statt sie im hellen Licht des Geistes sachlich zu diskutieren.

Forschungsraketen unter UNO-Aufsicht

Von Bruno Kuster, Genf

Trotz der bekannten politischen Belastungen nimmt die internationale Zusammenarbeit für die friedliche Nutzung des Weltraumes allmählich Gestalt an. Dieser Eindruck wurde durch die jüngste Tagung des wissenschaftlich-technischen Unterausschusses des "Komitees der Vereinten Nationen für die friedliche Nutzung des Weltraumes" bestätigt, während die Arbeiten des juristischen Unterausschusses vorläufig festgefahren sind. Eine kennzeichnende Besonderheit dieses Unterausschusses besteht übrigens darin, dass er von vornherein auf Abstimmungen verzichtet hat, da er sich bewusst ist, dass ein Erfolg oder Misserfolg vor allem vom Zusammenwirken der beiden Supermächte abhängt, das nicht mit formalen Abstimmungen erzwungen werden kann.

Washington und Moskau arbeiten zusammen

Hinter den Kulissen fanden denn auch zweiseitige amerikanisch-sowjetische Besprechungen über die gemeinsame oder doch wenigstens koordinierte Durchführung von Raumforschungsprojekten und den Austausch wissenschaftlicher Informationen statt. Übereinstimmend wurde von wissenschaftlicher Seite seit einiger Zeit der Wunsch geäußert, es sollte möglich sein, Raketensonden aus der Gegend des Äquators abzufeuern, da deren Beobachtungen und Messungen von besonderer Bedeutung wären. Da jedoch keine der Grossmächte am Äquator Hoheitsrechte besitzt, entstand der Gedanke, auf dem Territorium eines Drittstaates unter dem Patronat der UNO eine internationale Abschussrampe für Raketensonden zur Erforschung des Raumes zu errichten. Indien erkannte rasch die grosse wissenschaftliche Bedeutung dieser Anregung und erklärte sich bereit, in Thumba im Staate Kerala ein geeignetes Gebiet zur Verfügung zu stellen. Es ist vorgesehen, schon im nächsten Sommer die Forschungstätigkeit aufzunehmen. In einer Entschliessung beglückwünscht der wissenschaftlich-technische Unterausschuss für Raumforschung Indien zu seiner Initiative, die der wissenschaftlichen Forschung völlig neue Wege weist.

Ermütigung internationaler Forschungsprogramme

Der Unterausschuss, in welchem 24 Regierungen vertreten sind, empfiehlt, den Austausch wissenschaftlicher Mitteilungen durch Vermittlung der UNO zu verstärken. Er begrüsst die Ausarbeitung internationaler Forschungsprogramme, und zwar namentlich eines Gemeinschaftsprogrammes auf dem Gebiet des Fernmeldewesens und eines Projektes der Zusammenarbeit beim Einsatz von Wettersatelliten. Die Bemühungen gehen dahin, einen einheitlichen und weltweiten Wetterbeobachtungsdienst mittels Satelliten und anderer zusätzlicher Stationen aufzubauen. Schliesslich wendet sich der Unterausschuss gegen die Durchführung gewisser Experimente, wodurch andere Forschungsvorhaben friedlicher Natur gestört werden könnten. Doch vielleicht noch wichtiger als diese Beschlüsse ist der höfliche und versöhnliche Ton, der die Debatten des Ausschusses beherrschte.